

Wirtschaftswechsel im Kulturland in nicht fernher Zeit nicht werde vernichtet werden können. (P)

* Ein bekanntes Berliner Sentimentsblatt brachte kürzlich ein Interview seines Verlegerinstituts mit Geheimrat Löbning, in dem allerlei sentimentale Mittheilungen enthalten waren. Wir hatten von der Wichtigkeit dieser auch in anderen Blättern vielfach übergebenen Uebersetzung wegen ihrer offenbar richtigen und aufgebauenden Inhalts von vornherein keine Notiz genommen. Jetzt erhält die „Notiz“ von Herrn Geheimrat Löbning eine Aufklärung, in der es heißt, daß er von dem Verlegerinstituts des Berliner „Blattes“ ein Fach über fallen werden ließ, daß er bei der ganz frühen Uebersetzung nicht einmal gewußt habe, daß der betreffende Verleger ein Redakteur dieses Blattes war, daß er, als er dies erfuhr, umgelegt habe, er müßte es ablehnen, überhaupte mit der Presse in Verbindung zu treten u. s. w. Herr Löbning schließt, seine von dem Blatte übergebenen Aufzeichnungen seien richtig, er habe sie, wie er sagt, nicht verändert und irrig erhalte. — Dieser Herrgott, bemerkt die „Notiz“ treffend, ist allerdings eine vorzügliche Illustration für eine gewisse, im höchsten Sinne amerikanische Art von Pressebetrieb.

Koltsirtschaftsberichte.

* Nach dem Finalabschluß der Reichshaushalte für 1901 sind, wie mitgeteilt, in diesem Jahre bei den Ueberschüssen aus früheren Jahren 84,000 M. mehr als veranschlagt aufgetommen. Insgesamt konnten demnach 32,684,081 M. Ueberschuß der Reichskasse aus dem Jahre 1899 für die Deckung der Reichsausgaben zur Verwendung gelangen. Dieser Ueberschuß war der größte seit einer langen Reihe von Jahren, er war aber auch vorläufig der letzte. Es liegt auf der Hand, daß wenn solche Ueberschüsse aus den vorletzten Jahren zur Verfügung kämen, die Aufstellung der Reichshaushaltsabets letzter Art, wie oben nicht nur seine vorhanden sind, sondern auch Rücksicht aus den anschließenden Jahren geacht werden müßten. Schon im Etat für 1902 konnte in der Position der Ueberschüsse aus früheren Jahren nicht eingerechnet werden, dagegen mußte ein Selbsttrag von nahezu 2 Mill. M. unter die Ausgaben eingerechnet werden. Für den Reichshaushaltsabets auf 1903 veranschlagt sich, wie weiter berichtet, das Verhältniß weiter. Auch in ihm wird ein Ueberschuß bei den Einnahmen feststehen, dagegen wird unter den Ausgaben ein Selbsttrag von nicht weniger als 48 1/2 Mill. M. erscheinen. Um zu erkennen, wie sehr sich die Reichskassen innerhalb zweier Jahre verschlechtert haben, braucht man nur den Etat von 1901 und den von 1903 an dieser einzigen Stelle zu vergleichen. 1901 konnten 32,7 Mill. M. Einnahmen aus dem Ueberschüsse von 1899 bei der Etatsaufstellung verwendet werden. Bei der Aufstellung für 1903, die gewöhnlich im Laufe im März als Ausgabe der Selbsttrag von 1901 in Höhe von 45,4 Mill. M. aufgeführt werden. Der Etat von 1903 wird sich demnach in diesem einzigen Punkte um nicht weniger als 80,1 Mill. M. gegenüber dem von 1901 verschlechtert. Es braucht wohl nicht noch besonders betont zu werden, daß bei einer solchen finanziellen Verschlechterung sich die Aufstellung des nächstjährigen Reichshaushalts schwierig gestaltet. Daß bei der gegenwärtigen Finanzlage in der Bemessung der Ausgaben das unbedingt notwendige Maß noch strenger als sonst eingehalten werden wird, ist eine Forderung, die von neuem hervorgehoben werden muß.

* Der konervative „Reichshoter“ legt seine Betrachtungen über die Grundlagen der deutschen Finanzinstitute fort und entwickelt auch weiterhin so vernünftige Anschauungen, wie man sie in agrar-konservativen Organen nicht gerade häufig vorfindet.

Man hört oft, sagt das Blatt neuerdings u. a. Bedenken über die Abhängigkeit der Finanzen von der Industrie. Gewiss, man kann man sagen, daß die Industrie zu sehr von den Banken abhängig ist. Aber wie ist dieses Verhältniß entstanden? Deutschland ist fast als die hohe Entwicklung einer Industrie, ihr künstliches Emporwachsen. Wie ist diese Industrie entstanden? So viel Kapital, als die Industrie bedurfte, war in Deutschland nicht vorhanden. Die Banken haben durch die Aufnahme von Geld durch die Pflege und Ausübung der Kreditfunktion, zum anderen durch nützliche Verwendung ausländischen Kapitals. Solche Fälle wie die Verbindung der Dormander Union mit der für sie gegründeten Kommandit-Gesellschaft sind eindrucksvolle Beispiele der Anschauungen.

Weniger erfreulich ist allerdings, daß der „Reichshoter“ mit dieser objektiven Würdigung anderer Bedenken hinsichtlich der agrar-konservativen Organen ebenfalls nur eine Ausnahme bildet.

* Die „Deutsche Tageszt.“ vertritt und jetzt, warum der Organismus gestärkt wurde. Das Blatt schreibt: „Sein Hauptgewicht ist nicht, für die amerikanische Schiffahrt schon in der nächsten Zeit höhere Profite herauszulocken, — vielmehr auch das am letzten Ende ganz von selbst kommen wird — sondern die Eröberung des europäischen Marktes für die amerikanische Produktion.“

Wir brauchen getreu eine Anzahl aus den Vereinigten Staaten, wonach die Regierung den Erbauern der von ihr beschriebenen Kriegsschiffe gestattet hat, das nötige Material zum Theil aus Europa zu kaufen, da Amerika zur Zeit mit einem Ueberschuß an Konstruktions-Eiseneisen, die Aufstellung der „Tisch, Tisch“, ist danach, wie meist in wirtschaftlichen Fragen, einseitig und falsch.

* Das Gemeindefiskusum und der Stadtkassastrom von Nürnberg beschlossen, eine Eingabe an das Staatsministerium, in dem diese angefordert wird, beim Bundesrat zu beantragen, daß die Grenze für Schweine wenigstens für öffentliche Schlachthäuser mit direkter Wohnverbindung geöffnet wird. Die großen hayerischen Städte wenden zur Unterstützung der Petition angefordert.

Kirche und Schule.

Ueber einen früheren Fall Löbning und seine Lösung wird im „Vorwärts“ mitgeteilt: In einer Stadt Mitteldeutschlands betrat eine 15-jährige Schülerin ein Mädchen, und nun, als er auf einer Stelle in gleicher abgelehnt Gegenbeobachtung erkrankt war, mit aufopferndster Gewissenhaftigkeit gepflegt hatte. Als der Lehrer alle Schwelgereiten, die gegen seine Heilung erhoben wurden, durch eine Trauung auf Selgoland ein Ende gemacht hatte, wurde ein Heiler, der zum Glück überkommen war, die betäubende Angelernte in Gegenwart des Ministerialbeamten vor versammeltem Lehrerkollegium zur Sprache, wobei er eine begeisterte Rede für Autorität und Landesheilung sprach: „Und so glaube ich denn, meine Herren, daß seitdem die Gemeinwesen mit dem sonst so überaus berechneten Herrscher M. nicht mehr möglich sein wird.“ Als er dies gesagt hatte, da er sich bei dem Ministerialrat zu den ganz ruhigen und langsam herausgehenden Worten: „Nun ja, Herr B., doch steht in Ihrem Absicht aus dem Lehrerkollegium gar nicht im Wege!“

Verwaltung und Rechtsprechung.

* Zum Verfassungsbeschwerden in Banngeverbe stellt die „Berl. Post.“ mit: Aus dem Umfange, daß der Minister für Handel und Gewerbe vor einigen Wochen an die

Aufsichtsbeförden — Handwerkskammern einen Erlaß über die Beantwortung des Fragebogens über den Verhältnissnachweis im Banngeverbe gerichtet hat, ist in der Presse die Forderung gezogen worden, daß neuerdings die Staatsregierung ihre Stellung zu dieser Frage geändert habe. Diese Annahme trifft nicht zu; der Erlaß, dessen Wortlaut wir nachstehend wiedergeben, daß vielmehr nur bewußt, den Handwerkskammern eine Anweisung für die sachgemäße Ausfüllung des Fragebogens zu ertheilen.

Der erwiderte Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. Juli 1902 lautet:

Dem Vernehmen nach beschäftigt eine größere Zahl von Handwerkskammern, sich bei der Erstattung der durch den Bundesrat vom 12. Februar d. J. (IIIa 1072 M. I. S.) erforderlichen Gutachten über die Einführung des Verhältnissnachweises für die Banngeverbe auf die Ausfüllung des Fragebogens nach Maßgabe der von dem Innungsverbande deutscher Banngeverbermeister ihnen empfangenen Beantwortung zu beschäftigen.

Eine Handwerkskammer hat bereits den ihr von dem Verbands übermittelten Abdruck des Fragebogens und der gewünschten Beantwortung ohne jeden Erläuternden oder Begründenden Inhalt zurückgeschickt.

Dies Verhalten steht nicht im Einklang mit der den Handwerkskammern nach § 106 Ziffer 3 G.-O. obliegenden Pflicht und kann nicht als eine Erklärung des oben bezeichneten Erfolges angesehen werden. Es muß vielmehr erwartet werden, daß die Kammern entsprechend ihrer Aufgabe als gesetzliche Interessenvertretung des gesammten Handwerks in ihrem Bezirk die gestellten Fragen an der Hand der Verhältnisse ihres Bezirkes selbständig prüfen und selbständig zur Darlegung der für ihre Ausfüllung maßgebenden Gründe beantworten.

Eine solche Aufgabe, durch Vermittlung Ihres Kommissions, auf dessen Mitwirkung bei der Erörterung der in vieler Hinsicht schwierigen Fragen ich besonderen Werth lege, dahin zu wirken, daß die Ihrer Aufsicht unterstellten Kammern baldigst in eine eigene Prüfung der angeforderten Fragen eintreten und mit des Ergebens dieser Prüfung in einem selbständigen Gutachten zu versehen, das insbesondere die in ihrem Bezirk gemachten fortgesetzten Beobachtungen zum Ausdruck bringt und die daraus von den Kammern hergeleiteten Folgerungen eingehend darlegt.“

* Vom 1. Sept. d. J. an werden die bei den österreichischen Konsulaten in der Türkei nach Deutschland, den deutschen Ausgabegebieten und den deutschen Konsulaten im Auslande eingeleiteten Postanweisungen nicht mehr in der Türkei, sondern unmittelbar in der Marktwährung ausgestellt werden.

Parlamentarische Nachrichten.

* Der Bericht Althorwits auf sein Amtsaushändigung Reichsmandat an Gunsten des Reiches der „Staatsb. Ztg.“ Wilhelm Bruhn, bedeutet nicht, wie in einigen Vorkommnissen irrtümlich angenommen wird, eine „Kaltstellung“ des antientenlichen Demagogen durch die deutschsozialen Reichspartei, sondern man darf, wie die Kooperation der beiden antientenlichen Führer in Reutlingen klar erkennen läßt, in diesem Vorgehen eine Weichenanänderung und Ausbuchtung der Richtung der „Staatsb. Ztg.“ und Althorwit erblicken. Nach dem Bericht der „Staatsb. Ztg.“ ist Bruhn bei der jetzt erfolgten Wiederanstellung Althorwits in Reutlingen nicht nur persönlich für die Kandidatur Althorwits eingetreten, indem er „auf die Verdienste Althorwits und die antientenliche Sache“ hinweist, sondern er hat gleichzeitig als Vorsitzender des Verbandes der deutschsozialen Reichspartei für Kommen die Kandidatur Althorwits befürwortet. Man darf gespannt sein, ob Althorwit nun auch offiziell von dieser Funktion wieder in Gnaden aufgenommen werden wird.

Heer und Flotte.

* Der Kriegsminister bringt erneut zur allgemeinen Kenntnis, daß den Offizieren und Mannschaften dienlich verfahren ist:

- 1. Jede Beurlaubung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Weidmählungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubnis erteilt ist.
- 2. Jede andere erlaubte gemachte Befähigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ansätze, Gelänge oder ähnliche Angelegenheiten.
- 3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften, sowie jede Eintragung solcher Schriften in Kolonnen oder sonstige Dienstlisten.

Demer ist, wie wieder eingedrückt wird, sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienlich befehlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kolonnen oder anderen Dienstlisten sofort dienliche Anzeige zu erlassen. Diese Verbote und Befehle gelten auch für die in den Kolonnen eingetragenen und für die zu veröffentlichen Angelegenheiten des aktiven Heeres dienlich befehlen, die §§ 8 des Militär-Strafgesetzbuchs und § 81 des Reichs-Militärstrafgesetzbuchs zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bzw. der Kontrollvernehmung den Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuchs unterziehen.

* Das auf der Austrie noch Bestehen begriffene Kanonenboot „Panther“, das Herta auf Royal (Nyon) am 20. d. M. verlassen hat, um nach St. Thomas in See zu gehen, ist, wie gemeldet wird, zur Ausübung seines ersten politischen Dienstes nach dem Gewähren von Paris infolge der dort herrschenden Unruhen bestimmt. Weiter war es nicht möglich, ein deutsches Kriegsschiff vor Kap Hattien zu stationieren, da die Kreuzer an den venezolanischen Küsten bleiben müssen.

Der Direktor der Kriegsakademie, Generalleutnant Freiherr v. Hechenberg, ist in Genehmigung seines Abschiedsgewehrs zur Disposition gestellt.

* E. M. S. „Tiger“ ist am 21. August in Tschifu eingetroffen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

* E. M. S. „Falk“ ist am 21. August von Porto Cabello (Venezuela) nach der Insel Cuzco in See gegangen.

Koloniale.

* Die deutsch-französische Grenzkommission, die die beiderseitige Grenze am Sanaa-Gorfo nach dem Abkommen vom Februar 1894 wissenschaftlich und örtlich feststellen sollte, hat schon vor mehreren Monaten ihre Arbeiten beendet. Das gewonnenen Material wird nun den Regierungen in Berlin

und Paris zur Genehmigung zugehen. Die deutsche Abdeutung der gemachten Kommunikation unter Hauptmann Engelhardt hat aber nicht den unmittelbar nachdrücklich zur Seite angetreten, sondern hat sich in zwei Abteilungen geteilt, wie es auch bei dem Verordnen dem Kommando nach dem Sinne der Fall war, und wird an verschiedenen Orten auf unserem Gebiete nach Untersuchungen anstellen. Die Expedition wird deshalb erst im Herbst nach der Küste zurückkehren und der Hauptmann Engelhardt sich abdam nach Deutschland begeben.

Ausland.

Die Burenführer in Europa.

Neulichstags folgte die Begrüßung der Buren-Generale am Bord der „Algeria“ ein Fragebogen, der sie nach nächster Nähe bebrocht haben will, wie folgt:

General Ch. Chamberlain fassen sich in Gegenwart der Buren-Generale nicht recht bequidig zu fassen, als er ihnen die Hand reichte, wendete er seinen Kopf ab. Auch die Buren wendeten den Kopf ab, sie schienen die Lippen zusammen und schloffen die Augen, gerade als wenn sie eine bittere Medizin einnehmen sollten. Mr. Chamberlain, schon vor der Unterredung mit den Buren, hat über den Verlauf der Unterredung berichtet, daß die Buren generelle auf ihrer Weigerung, der Plötzlichkeit beizutreten, beharrten, hörte der französische Journalist, wie Lord Roberts zu Wort sagte: „Glauben Sie mir, General, Sie sind im Recht, einen großen Gehalt zu thun, worauf Sie sich aber nicht überlassen dürfen, während Sie sich, noch zurückbleiben und einen letzten vergeblichen Versuch machen, die Generale umzustimmen.“

Zum Kulturkampf in Frankreich.

Major de Laubie vom Generalstab des XI. Armeekorps in Nantes reichte ein Entlassungsgesuch ein mit der Begründung, daß er an dem gegen den Oberst St. Rémy und den Major Veron-Debray eingeleiteten Verfahren nicht teilnehmen wolle.

Der Zivilminister Valls hat gestern in einem republikanischen Briefe zu Gélans für Warnen eine Rede gehalten, in der er betonte, die Regierung werde das Verneigen durchzuführen und ihr Werk ohne Unterbrechung und ohne Schwäche fortsetzen.

Zur französisch-amerikanischen Streitfrage.

Die Verhandlungen über die Regelung des französisch-amerikanischen Streites werden, wie die Blätter melden, in der nächsten Woche beginnen. Dem Vernehmen nach hatte der Minister der Aegernien Delcassé gestern eine Besprechung mit dem französischen Gesandten in Washington über die Verhandlungen festzustellen, durch welche hauptsächlich die hindere Auslegung des Vertrages von 1893 erwidert werden soll.

Die marokkanische Frage.

Die Vorgänge in Marokko lassen es nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß die marokkanische Frage wieder brennend wird. Deutschland, England, Frankreich und Spanien verfolgen an dem Marokko die Ereignisse in dem afrikanischen Reich, das eben jetzt, wo die Regierung gewisse Verwaltungsreformen durchzuführen beabsichtigt, eine Periode der Vermittlung durchläuft.

Spanien hat bisher die Auslegung des Artikels II des Madrider Vertrages vom Jahre 1880 einen Stein des Anstoßes für die eingetragene Bevölkerung. Dieser Artikel erstreckt nämlich auf die Eingeborenen das Recht, Grundbesitz zu erwerben, unter der Bedingung, daß dieselben die G. indischer bezahlen. Dieser Artikel ist in den letzten Jahren unangenehm geworden, weil die Eingeborenen die Grundbesitz zu erwerben, anerkannt werden, mit den fremden Vertretern in Tanger wegen der Einbringung der Grundsteuer in Verhandlungen zu treten. Diese Verhandlungen sind ins Stocken geraten, da die Vertreter der Eingeborenen ihre Zustimmung zur Einbringung dieser Grundsteuer nur dann geben wollen, wenn Marokko auf gewisse, die Prüfung der Raubrechte betreffende Formalitäten verzichtet, was die Regierung des Sultans unbedingt ablehnte. Die Gerüchte, daß die marokkanische Regierung gewillt wäre, die Grundsteuer für fremde Weiber einzuführen, hat aber im ganzen Marokko eine gewaltige Entrüstung hervorgerufen. Man beabsichtigt, daß mit dieser Reform das Recht der Ausländer, Grundbesitz zu erwerben, anerkannt werden würde, und die Ulemas, die nur nach einem Vorwande lüden, um den Religionen und Kulturen als anzufragen, predigen den Eingeborenen, daß alle marokkanische Boden dem Sultan gehöre und daß nur seine Unterthanen ein Recht hätten, Grundbesitz zu erwerben. Die marokkanische Regierung hat somit zwei Schwierigkeiten auf einmal ins Auge zu fassen, sie hat die Forderung der Mächte auf rechtliche Durchführung des Artikels II des Madrider Vertrages zu berücksichtigen und gleichzeitig die Forderung der Eingeborenen zu berücksichtigen, welche sich bereits in mehreren Aufständen und Zusammenstößen zwischen eingeborenen Stämmen geltend macht, zu begehen. Hierzu stellt sich noch die zunehmende Verlegenheit vor fremder Einmischung. Die Stämme im Innern des Reiches wickeln sich zum Kampfe mit dem Sultan an und die Eingeborenen im Norden des Reiches wickeln sich zum Kampfe mit dem Sultan an, welche sich bereits in mehreren Aufständen und Zusammenstößen zwischen eingeborenen Stämmen geltend macht, zu begehen. Hierzu stellt sich noch die zunehmende Verlegenheit vor fremder Einmischung. Die Stämme im Innern des Reiches wickeln sich zum Kampfe mit dem Sultan an und die Eingeborenen im Norden des Reiches wickeln sich zum Kampfe mit dem Sultan an, welche sich bereits in mehreren Aufständen und Zusammenstößen zwischen eingeborenen Stämmen geltend macht, zu begehen. Hierzu stellt sich noch die zunehmende Verlegenheit vor fremder Einmischung.

Rumänien.

Für die nächste Zeit ist nach Meldungen aus Bukarest ein Besuch des rumänischen Gesandten in Sebastopol, wo ihm ein feierlicher Empfang zugebracht ist, als Erwiderung des vorjährigen Besuchs des russischen Gesandten in Konstantin in Bukarest gemeldet.

China.

Interessante Nachrichten aus dem Reiche der Mitte bringt eine der „Sohn.“ aus Shanghai. Wille Zeit, zugegangene Nachrichten, die Kollisions-Verhältnisse, die dort aufgetreten sind, haben, den Daten aus den fremden Gesundheitsämtern immer neue Lebenswichtigkeiten zu erweilen. Ob dabei vielleicht das böse Gewissen nach im Spiel ist? Sie hat Befehl gegeben, den Sommerurlaub von Peking zurück zu einem Wohnort von einer halben Meile außerhalb der Stadt liegen, so geht die Kaiserin-Mutter anerkennend mit dem Plane an, eine eigene Eisenbahn dahin bauen zu lassen, die dann sie und ihre Gäste in Luksuzgärten an Ort und Stelle befördern kann. — Der Prinz Tuan scheint sich noch immer nicht sehr gebessert zu haben. Kürzlich sind neuer Nachrichten über sein Befinden gekommen. Danach lebt er jetzt in Urumit (auf chinesisches „Shu“ genannt), der Hauptstadt des chinesischen Turkestans. Er ist noch immer derselbe Prallbaum wie früher und lagt jedem, der es hören will, nachdrücklich werde die Zeit gekommen sein, wo er sämtliche westlichen Völker in der Welt zu Hause. — Wegen seiner neuen Beziehungen zu der Kaiserin-Mutter wird man ihm damit bei dem gewöhnlichen Hofe viel Glorien; die Mandarinen wissen es natürlich besser, aber sie wagen nicht recht, ihm entgegenzutreten, sondern stehen es vor, ihn mit Sommerhandlungen anzufassen. Man scheint sich in China Japan und mehr zum Vortheile der Kaiserin-Mutter zu interessieren. So sind jetzt schon wieder in dem dortigen Reiche ein neues Zerstörungsgeschick vorgefallen, um in dem dortigen Reiche zu lernen, und es heißt anerkennen, viele weitere Wasser

